



EUROPÄISCHE KOMMISSION - PRESSEMITTEILUNG

Europäische Kommission schlägt Landwirten neue Partnerschaft vor

Brüssel, den 12. Oktober 2011 – Die Europäische Kommission hat heute eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Zeit nach 2013 im Entwurf vorgestellt. Mit dieser Reform sollen die Wettbewerbsfähigkeit, die Nachhaltigkeit und die Verankerung der Landwirtschaft im gesamten ländlichen Raum gestärkt werden, um den europäischen Bürgerinnen und Bürgern eine gesunde und hochwertige Ernährung zu garantieren, die Umwelt zu erhalten und die ländlichen Gebiete zu entwickeln.

„Die Europäische Kommission schlägt eine neue Partnerschaft zwischen Europa und den Landwirten vor, um den Herausforderungen Ernährungssicherheit, nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen und Wachstum zu begegnen. In den kommenden Jahrzehnten müssen die Grundlagen für eine starke Landwirtschaft geschaffen werden, die dem Klimawandel und der internationalen Konkurrenz standhalten kann und zugleich den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger gerecht wird. Europa braucht seine Landwirte. Und die Landwirte brauchen die Unterstützung Europas. Die Gemeinsame Agrarpolitik ist wichtig für unsere Ernährung und die Zukunft von mehr als der Hälfte unserer Gebiete“, erklärte der für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zuständige EU-Kommissar Dacian Cioloș.

Die reformierte GAP schafft neue Voraussetzungen, um Innovationen voranzutreiben, die wirtschaftliche wie auch die ökologische Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors zu stärken, den Klimawandel zu bekämpfen sowie Beschäftigung und Wachstum zu fördern. Sie wird damit einen entscheidenden Beitrag zur Strategie Europa 2020 leisten.

Kontaktpersonen:

Roger Waite (+32 229-61404)

Johan Reyniers (+32 229-56728)

Die zehn Kernpunkte der Reform

1) Gezieltere Vergabe der Einkommensbeihilfen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung

Um das Agrarpotenzial der EU besser auszuschöpfen, schlägt die Kommission eine gerechtere, einfachere und gezieltere Einkommensstützung zugunsten der Landwirte vor. Die Einkommensgrundsicherung wird nur aktiven Landwirten gewährt. Sie wird ab 150 000 EUR stufenweise gekürzt (Degressivität) mit einer Deckelung von 300 000 EUR pro Betrieb und Jahr, wobei die Zahl der von den Betrieben geschaffenen Arbeitsplätze berücksichtigt wird. Außerdem erfolgt eine gerechtere Verteilung zwischen Landwirten, Regionen und Mitgliedstaaten.

2) Reaktionsfähigere und besser angepasste Instrumente für das Krisenmanagement zur Bewältigung der neuen wirtschaftlichen Herausforderungen

Die Volatilität der Preise ist eine Gefahr für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors. Die Kommission schlägt vor, die Sicherheitsnetze (private Lagerhaltung und öffentliche Intervention) für die krisenanfälligsten Sektoren effizienter zu gestalten, ihre Reaktionsfähigkeit zu verbessern und Versicherungen und Fonds auf Gegenseitigkeit zu fördern.

3) „Ökologisierungszuschlag“ für langfristige Produktivität und die Erhaltung von Ökosystemen

Um die ökologische Nachhaltigkeit der Landwirtschaft zu stärken und den Anstrengungen der Landwirte mehr Durchschlagskraft zu verleihen, schlägt die Kommission vor, 30 % der Direktzahlungen für Verfahren bereitzustellen, die eine optimale Nutzung der natürlichen Ressourcen ermöglichen. Diese einfach anzuwendenden und ökologisch effizienten Verfahren sind: Diversifizierung der Anbaukulturen, Erhaltung von Dauergrünland, Erhaltung von ökologischen Nischen und Erhaltung der Landschaft.

4) Zusätzliche Investitionen für Forschung und Innovation

Zur Schaffung einer wissensbasierten, wettbewerbsfähigen Landwirtschaft schlägt die Kommission vor, die Mittel für Agrarforschung und -innovation zu verdoppeln und dafür zu sorgen, dass die Forschungsergebnisse über eine neue Innovationspartnerschaft in die Praxis übertragen werden. Aus diesen Mitteln können die Weitergabe von Know-how, Beratungsdienste für Landwirte sowie einschlägige Forschungsprojekte für die Landwirte gefördert werden, wobei eine engere Zusammenarbeit zwischen Agrarsektor und Wissenschaft gewährleistet wird.

5) Eine wettbewerbsfähigere und ausgewogenere Lebensmittelversorgungskette

Die Landwirtschaft, die die Basis der Lebensmittelversorgungskette bildet, ist stark zersplittert und wenig strukturiert. Um die Position der Landwirte zu stärken, schlägt die Kommission vor, Erzeugerorganisationen und Branchenverbände zu fördern und kurze Absatzwege zwischen Erzeugern und Verbrauchern (ohne allzu viele Zwischenstufen) zu entwickeln. Darüber hinaus werden die Zuckerquoten, die ihren Daseinszweck verloren haben, nach 2015 nicht weiter verlängert.

6) Förderung des Umweltschutzes in der Landwirtschaft

Die Besonderheiten jedes Gebiets sind zu berücksichtigen, und es müssen nationale, regionale und lokale Agrarumweltinitiativen gefördert werden. Zu diesem Zweck sollten nach dem Vorschlag der Kommission die Erhaltung und Wiederherstellung von Ökosystemen und die Bekämpfung des Klimawandels sowie die effiziente Nutzung der Ressourcen zu den sechs Prioritäten der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums zählen.

7) Erleichterung der Niederlassung von Junglandwirten

Zwei Drittel der Landwirte sind älter als 55 Jahre. Um die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern und jüngere Menschen zu ermutigen, im Agrarsektor tätig zu werden, schlägt die Kommission vor, ein neues Instrument zur Niederlassungsförderung zu errichten, das Landwirten von unter 40 Jahren in den ersten fünf Jahren ihrer Tätigkeit zur Verfügung steht.

8) Förderung der Beschäftigung im ländlichen Raum und des Unternehmergeists

Um die Beschäftigung und den Unternehmergeist zu fördern, schlägt die Kommission eine Reihe von Maßnahmen vor, mit denen die Wirtschaftstätigkeit in den ländlichen Gebieten stimuliert und Initiativen zur lokalen Entwicklung angeregt werden sollen. Beispielsweise wird, um Projekte von Kleinunternehmen zu unterstützen, ein „Starter-Kit“ mit einer Finanzierung von bis zu 70 000 EUR über fünf Jahre geschaffen. Die lokalen Aktionsgruppen von LEADER werden verstärkt.

9) Bessere Berücksichtigung empfindlicher Gebiete

Um eine Verödung zu verhindern und den Reichtum unserer Gebiete zu erhalten, bietet die Kommission den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, die Landwirte in Gebieten mit naturbedingten Benachteiligungen mit einer zusätzlichen Ausgleichszahlung stärker zu unterstützen. Diese Beihilfe ergänzt die anderen Stützungen, die im Rahmen der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums bereits zur Verfügung stehen.

10) Eine einfachere und effizientere GAP

Um einen übermäßigen und unnötigen Verwaltungsaufwand zu vermeiden, schlägt die Kommission vor, verschiedene GAP-Mechanismen – insbesondere die Regeln für die Konditionalität und die Kontrollsysteme - zu vereinfachen, ohne dass ihre Effizienz darunter leidet. Außerdem werden die Stützungsmaßnahmen für Kleinlandwirte vereinfacht. Für diese wird eine Pauschalzahlung von 500 bis 1000 EUR je Betrieb und Jahr eingeführt. Die Übertragung von Flächen von Kleinlandwirten, die ihre landwirtschaftliche Tätigkeit einstellen, an andere Betriebe, die eine Umstrukturierung vornehmen wollen, wird gefördert.

Weitere Informationen

- [MEMO/11/685](#)
- Weitere Informationen und Unterlagen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik: http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/legal-proposals/index_en.htm



Bundesministerium für
Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz

Pressemitteilung Nr. 211 vom 12.10.11 Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner: "Die Ziele stimmen, aber entscheidende Fragen sind noch offen"

EU-Kommission veröffentlicht Vorschläge zur künftigen Agrarpolitik

Die Europäische Kommission hat am Mittwoch Rechtstexte zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 vorgestellt. Die künftige Ausrichtung der EU-Agrarpolitik hat unmittelbare Auswirkungen darauf, wie die Landwirte in Europa in Zukunft wirtschaften werden und wie die ländliche Heimat in den nächsten Jahren geprägt wird.



"Wichtig ist, dass die Landwirte in Deutschland Planungssicherheit haben", so Bundesministerin Ilse Aigner zur künftigen Ausrichtung der EU-Agrarpolitik, Quelle: Valcho - Fotolia.com

Die EU-Kommission setzt mit ihren Vorschlägen den von Deutschland bereits eingeschlagenen Weg der Marktorientierung in der Agrarpolitik fort und greift den anerkannten Grundsatz "Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen" auf. Sie schlägt eine systematische Fortentwicklung von Umweltbeiträgen durch die GAP vor sowie eine Stärkung der Innovationskraft der Landwirtschaft und einen gewissen finanziellen Ausgleich zwischen den neuen Mitgliedstaaten im Osten und den Mitgliedstaaten im Westen Europas.

Zu den Vorschlägen der EU-Kommission erklärte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner am Mittwoch in Berlin: "Deutschland unterstützt die grundsätzliche Ausrichtung der Reform-Vorschläge. Das Ziel der EU, die Umweltbeiträge der Landwirtschaft weiter zu steigern, ist richtig. Es muss jedoch einen wirklichen Mehrwert für Umwelt und Natur bringen und praktikabel

sein. Zudem muss verhindert werden, dass sich der in Deutschland mit bis zu 100 Hektar pro Tag ohnehin sehr hohe Flächenverlust für die Landwirtschaft noch weiter verschärft. Die Erzeugung von Lebensmitteln und erneuerbarer Energie braucht produktive Flächen, die nachhaltig bewirtschaftet werden", so Aigner. Deutschland sei bereits heute Vorreiter bei der Modernisierung und Ökologisierung der Landwirtschaft: "Die EU-Fördergelder kurbeln die Produktion nicht mehr an. Sie werden nur gezahlt, wenn die Landwirte umfangreiche Auflagen des Umwelt- und Tierschutzes, der Lebensmittelsicherheit und des Bodenschutzes erfüllen. Bis 2013 wird die Agrarförderung in Deutschland vollständig auf regional einheitliche Zahlungen für Ackerflächen und Grünland umgestellt sein. Damit werden insbesondere extensive Grünlandstandorte gestärkt. Zudem nehmen gerade die deutschen Landwirte jetzt schon in großem Umfang an Agrarumweltmaßnahmen teil. Diese Leistungen sind zu berücksichtigen und dürfen nicht verloren gehen."

"Die Landwirtschaft ist der Schlüssel zur Lösung vieler Probleme"

Die Landwirtschaft ist laut Aigner "der Schlüssel zur Lösung vieler Probleme - ohne sie werden wir globale Herausforderungen wie die sichere Ernährung einer wachsenden Weltbevölkerung oder die Verringerung der Treibhausgase nicht bewältigen können. Wir müssen die Innovationskraft der Landwirtschaft weiter stärken. Wir brauchen mehr angewandte Forschung und die Umsetzung in der Praxis. Wir brauchen eine schnellere und zielgerichtetere Anwendung innovativer Produktionsmethoden wie etwa Präzisionslandwirtschaft, die eine noch genauere und damit reduzierte Ausbringung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln ermöglicht und somit die Umwelt schont." Im Kern geht es nach Aigners Worten um die Frage: "Wie können wir auf der bestehenden Fläche mehr produzieren - und zwar nachhaltig?"

Kritisch bewertet Aigner allerdings Überlegungen der EU-Kommission, die Direktzahlungen ab einer

bestimmten Betriebsgröße zu kappen und an die Zahl der Arbeitskräfte zu koppeln. "Wir stehen diesen Überlegungen ablehnend gegenüber, denn hier würde schon wieder ein neues Fördersystem geschaffen - die Förderung von Arbeitskräften in der Landwirtschaft. Das lehne ich ab. Wir wollen über die Förderung die gesellschaftlichen Leistungen für den Natur- und Umweltschutz, den Klimaschutz oder die Landschaftspflege honorieren, die von den Bauern unabhängig von der Betriebsgröße auf allen Flächen erbracht werden." Unzureichend seien auch die Überlegungen der Kommission in Bezug auf Kleinbetriebe und den Begriff des "aktiven Landwirts", so Aigner. "Das Bundeslandwirtschaftsministerium arbeitet derzeit an praktikablen Vorschlägen, um sicherzustellen, dass die besonderen Leistungen kleiner und mittlerer Betriebe auch in Zukunft honoriert werden können."

"Planungssicherheit für die Landwirte in Deutschland"

Zusammenfassend erklärte Aigner zu den Vorschlägen der EU-Kommission: "Die Ziele stimmen, aber entscheidende Fragen sind noch offen, besonders in Bezug auf die erforderlichen Maßnahmen." Die Ministerin stellt sich nach eigenen Worten auf "lange und harte Verhandlungen" über die künftige Agrarpolitik in Europa ein. "Schnelle Beschlüsse wird es nicht geben, denn voraussichtlich werden die Rechtstexte in Brüssel nicht vor dem Jahr 2013 mit konkreten Finanzzahlen unterlegt werden. Erst dann steht fest, wie viel Geld aus dem EU-Haushalt für die Agrarpolitik zur Verfügung steht." Sie betonte, Deutschland sei "solidarisch mit unseren Partnern im Osten" und akzeptiere die Pläne der EU für eine "gewisse, schrittweise Annäherung der Direktzahlungen zwischen Ost und West". Diese sei jedoch abhängig von der künftigen finanziellen Ausstattung der Gemeinsamen Agrarpolitik und die vorgesehene Verteilung anderer EU-Mittel auf die Mitgliedstaaten, etwa für die EU-Strukturfonds. Wichtig sei, "dass Brüche vermieden werden und unsere Landwirte Planungssicherheit haben".

Die Leistungen der Landwirtschaft kommen Tag für Tag rund 500 Millionen Menschen in Europa zu Gute, indem eine starke Landwirtschaft hochwertige und vielfältige Lebensmittel erzeugt, mit Bioenergie den Strom aus der Fläche in die Städte bringt und für den Erhalt einzigartiger europäischer Kulturlandschaften sorgt. Aigner: "Diese Leistungen gibt es nicht umsonst, sie müssen uns etwas wert sein. Als Ministerin werde ich für die Interessen der deutschen Landwirtschaft kämpfen und mich gegen jeden Versuch der Gleichmacherei wehren. Dafür ist Europa zu unterschiedlich und dafür sind die Mitgliedstaaten zu unterschiedlich."

Informationen zur Gemeinsamen Agrarpolitik in Europa:

<http://www.bmelv.de/GAP>

Informationen zur "Charta für Landwirtschaft und Verbraucher" des BMELV:

<http://www.bmelv.de/charta>